

**VERMERK**

---

Betr.:           **Synthesebericht über die Plenartagung <sup>1</sup>**  
                  **– am 17. und 18. März 2003 in Brüssel**

---

**I. ERÖFFNUNG DER TAGUNG**

**1. Vorstellung des Entwurfs**

- **von Artikel 38 bis 40 über die Finanzen der Union**
- **von Artikel 31 des Teils I und von Artikeln des Teils II betreffend den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts**

Der Vorsitzende stellte im Namen des Präsidiums zwei neue Gruppen von Artikeln vor, und zwar die Artikel des Titels VII des Vorentwurfs des Textes über die Finanzen der Union (CONV 602/03) und die Artikel betreffend den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (CONV 614/03), die Gegenstand von Artikel 31 des Teils I und eines Kapitels des Teils II sind. Er kündigte die Einsetzung eines Arbeitskreises an, der sich mit den Fragen der Haushaltsverfahren befassen soll.

Der Vorsitzende beschrieb kurz den Inhalt der beiden Gruppen von Artikeln und hob hervor, dass der Konvent mit den Artikeln über den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts erstmals die Prüfung von Teil II angehe.

Er wies darauf hin, dass die Änderungsvorschläge der Konventsmitglieder, die bis Mittwoch, den 26. März 2003 beim Sekretariat eingehen, in die Übersicht aufgenommen werden, die das Sekretariat rechtzeitig für die Aussprache im Plenum erstellen wird.

---

<sup>1</sup> Das wörtliche Protokoll der Plenartagung kann auf der Website:  
<http://european-convention.eu.int> eingesehen werden.

Die Plenartagung vom 3./4. April 2003 wird der Aussprache über diese beiden Gruppen von Artikeln gewidmet sein.

## **2. Aussprache über den Entwurf von Artikel 24 und folgende (Dok. CONV 571/03 und 609/03) betreffend die Rechtsakte der Union**

In seiner Einleitung ging der Stellvertretende Vorsitzende Amato auf die Änderungsvorschläge zu diesen Artikelentwürfen ein und erklärte, dass zwar partielle Änderungen vorgeschlagen würden, das Grundkonzept des Präsidiums jedoch bestätigt werde.

Die in diesem Entwurf der Artikel vorgeschlagene Vereinfachung fand breite Zustimmung. Die Hierarchie der Normen einschließlich der neuen Kategorie der delegierten Rechtsakte und der Durchführungsrechtsakte sowie die Unterscheidung zwischen Gesetzgebungsakten und Rechtsakten ohne Gesetzgebungscharakter wurden ebenfalls positiv aufgenommen.

Einige Konventsmitglieder regten die Aufnahme eines weiteren Rechtsakts - des Verfassungsgesetzes - in die vorgeschlagene Liste an. Dieser Rechtsakt wäre insbesondere Bereichen wie der Verfassung und den Eigenmitteln vorbehalten und würde einem Verfahren unterliegen, bei dem der Rat und das Parlament mit überqualifizierter Mehrheit beschließen. Einige wenige Konventsmitglieder beantragten, auch die offene Koordinierungsmethode mit einzubeziehen, während andere sich dagegen aussprachen. Einige Konventsmitglieder wünschten, dass Tarifvereinbarungen den Rang eines Rahmengesetzes erhalten könnten.

Der Entwurf von Artikel 25 Absatz 1, wonach das Gesetzgebungsverfahren (früheres Mitentscheidungsverfahren) für die Annahme von Gesetzgebungsakten zur allgemeinen Regel gemacht wird, fand breite Zustimmung. Absatz 2 hingegen, der Ausnahmen von dieser Regel vorsieht, wurde von zahlreichen Konventsmitgliedern mit der Begründung abgelehnt, dass es dem Rat nicht gestattet sein dürfe, allein Gesetze und Rahmengesetze zu erlassen. Andere wiederum akzeptierten zwar Ausnahmen, sprachen sich jedoch dafür aus, diese im Einzelnen in der Verfassung aufzuführen. Einige Konventsmitglieder könnten Ausnahmen akzeptieren, sofern es sich dabei um Übergangsregelungen handelt. Andere schlugen für diesen Fall vor, diese Rechtsakte anders zu benennen.

Zu Artikel 25 Absatz 1 Unterabsatz 2 bezüglich der Besonderheiten des Gesetzgebungsverfahrens in dem Bereich, der derzeit Gegenstand der dritten Säule ist, sowie zu den Artikeln 29, 30 und 31, für die das Präsidium lediglich die Titel vorgeschlagen hat und in denen die Besonderheiten der Verfahren im Bereich der GASP, der Verteidigung und der derzeitigen dritten Säule geregelt werden sollen, wurden zahlreiche Bemerkungen vorgetragen. Einige Konventsmitglieder hielten diese besonderen Vorschriften nicht für angezeigt. Andere entgegneten, dass sie die Aufhebung der Säulen von der Beibehaltung einiger besonderer Verfahrensvorschriften in diesen Bereichen abhängig machen würden.

Über den Grundsatz der Transparenz der Verfahren, die zur Annahme von Gesetzgebungsakten führen, herrschte weit gehendes Einvernehmen. Einige Konventsmitglieder wiesen darauf hin, dass die Beratungen des Rates während des gesamten Rechtsetzungsverfahrens öffentlich sein müssten, woraufhin der Stellvertretende Vorsitzende Amato darlegte, dass das Präsidium den Geltungsbereich dieses Grundsatzes in eben diesem Sinne festlegen wolle. Ein Konventsmitglied setzte sich für die Einführung des Grundsatzes der Verständlichkeit der Rechtsakte der Union ein.

Erstaunen löste bei einigen Konventsmitgliedern die von ihnen als Neuheit empfundene Möglichkeit aus, Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter anzunehmen. Der Stellvertretende Vorsitzende Amato erläuterte, es handle sich dabei keineswegs um eine Neuheit; solche Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter, die unmittelbar anwendbar seien, gebe es bereits in der Europäischen Union.

Breite Zustimmung fand die Einführung einer neuen Kategorie delegierter Rechtsakte. Zahlreiche Konventsmitglieder hielten dies für sehr zweckmäßig. Was den Charakter dieser Art von Rechtsakten anbelangt, so setzten sich einige Konventsmitglieder dafür ein, dass sie keinen Gesetzgebungscharakter erhalten, andere hingegen würden ihnen Gesetzgebungscharakter verleihen. Die Antwort auf die Frage, ob ein Gesetzgebungsakt durch einen delegierten Rechtsakt geändert und/oder weiterentwickelt werden kann, hängt von diesen unterschiedlichen Auffassungen ab.

In Bezug auf die Durchführungsbedingungen für die delegierten Rechtsakte müssten der Rat oder das Parlament das Evokationsrecht nach Auffassung mehrerer Konventsmitglieder unabhängig voneinander ausüben können.

Bezüglich der Durchführungsrechtsakte verwiesen einige Konventsmitglieder auf den in Artikel 28 verankerten Grundsatz, wonach im Allgemeinen die Mitgliedstaaten für die Durchführung der

rechtlich bindenden Rechtsakte zuständig sind und nur im Ausnahmefall die Kommission und gegebenenfalls der Rat. Einige Redner sprachen sich gegen die Anwendung des Gesetzgebungsverfahrens für die Festlegung der Kontrollmodalitäten für die Durchführungsrechtsakte aus. Andere wünschten, das derzeitige Komitologieverfahren zu vereinfachen, ja sogar abzuschaffen.

### **Schlussfolgerungen des Vorsitzenden**

Der Vorsitzende stellte in seinen Schlussfolgerungen fest, dass in den Beiträgen der Konventsmitglieder insgesamt das Grundkonzept des Präsidiums bestätigt werde, allerdings auch dazu häufig sehr treffende Bemerkungen vorgetragen worden seien. Er hob darunter folgende Punkte hervor:

- Die angestrebte Vereinfachung und insbesondere der Vorschlag, zwischen Gesetzgebungsakten und Rechtsakten ohne Gesetzgebungscharakter zu unterscheiden, sind positiv aufgenommen worden. Das Präsidium wird den Ergänzungs- bzw. Verbesserungsvorschlägen zu dem Entwurf Rechnung tragen.
- Die Liste der Rechtsakte scheint breite Zustimmung zu finden, obwohl einige Mitglieder einen neuen Rechtsakt - das Verfassungsgesetz, durch das Verfassungsfragen geregelt würden - darin aufnehmen wollen.
- Weit gehendes Einvernehmen herrscht über die allgemeine Regel einer Annahme der Gesetzgebungsakte nach dem Gesetzgebungsverfahren. Bedenken gab es hingegen zu den Ausnahmen von dieser Regel. Der Vorsitzende erinnerte daran, es sei stets die Absicht des Präsidiums gewesen, diese Ausnahmefälle im Verlauf der Beratungen zu Teil II der Verfassung aufzuführen, wenn die Rechtsgrundlagen für die Politiken der Union geprüft würden.
- Einer der innovativsten Aspekte des Entwurfs des Präsidiums ist der delegierte Rechtsakt, der sehr positiv aufgenommen wurde.
- Zu den Kontrollmodalitäten für die Durchführungsrechtsakte und dem entsprechenden Annahmeverfahren kamen zahlreiche, manchmal einander widersprechende Beiträge. Einige Konventsmitglieder wünschen, das derzeitige Verfahren (einstimmiger Beschluss des Rates nach Anhörung des Parlaments) beizubehalten, andere streben hingegen eine Vereinfachung, ja sogar eine Abschaffung des derzeit geltenden Komitologieverfahrens an. Der Vorsitzende erinnerte daran, dass die so genannten Komitologieverfahren eigentlich unter das abgeleitete Recht und nicht unter die Verfassung fallen.

- Mehrere Konventsmitglieder äußerten sich zu den Artikeln 29, 30 und 31, bei denen es um die besonderen Vorschriften im Bereich der GASP, der Verteidigungspolitik und der heutigen dritten Säule geht. Auch hier gab es Widersprüche: einige lehnten besondere Vorschriften für diese Politikbereiche, insbesondere für die Politik in Bezug auf Polizei und Justiz im strafrechtlichen Bereich ab; andere wünschten nicht, dass diese Politiken in diesem Titel V aufgeführt werden, da sie befürchteten, dass diese dann ihre besonderen Merkmale verlieren. Die Entscheidung über die Beibehaltung und den Inhalt der Artikel 29 bis 31 muss nach Maßgabe der Beratungen zum Inhalt von Teil II getroffen werden.

Abschließend erklärte der Vorsitzende, das Präsidium werde dieses Thema auf der Grundlage der vorgetragenen Änderungsvorschläge und Bemerkungen mit größter Sorgfalt überarbeiten.

### **3. Aussprache über das Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit (Dok. CONV 579/02)**

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass der Vorschlag des Präsidiums im Allgemeinen positiv aufgenommen worden sei, wie aus der vom Sekretariat erstellten Übersicht (CONV 610/1/03) hervorgehe. Sehr viele Konventsmitglieder haben übrigens keine Bemerkungen oder Kommentare vorgetragen. Die Aussprache zwischen den Mitgliedern des Konvents konzentrierte sich auf folgende Aspekte:

#### **Frist, die den einzelstaatlichen Parlamenten gewährt werden sollte:**

Eine große Zahl von Konventsmitgliedern sprach sich dafür aus, dass es außer in dringenden Fällen weder dem Rat noch dem Parlament gestattet sein sollte, die Prüfung des Gesetzgebungsvorschlags der Kommission - auch nicht die technische Prüfung - während der sechswöchigen Frist nach Übermittlung des Kommissionsvorschlags an die einzelstaatlichen Parlamente einzuleiten. Andere Konventsmitglieder machten geltend, dass das Gesetzgebungsverfahren, das bereits häufig als allzu lang betrachtet werde, stark verzögert werde, was im Widerspruch zu den Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe stünde, wonach der geplante Mechanismus das Gesetzgebungsverfahren weder verlangsamen noch hemmen dürfe.

## **Der Begriff "einzelstaatliches Parlament"**

Zahlreiche Konventsmitglieder schlugen vor, dass jede der beiden Kammern in Staaten mit einem Zweikammersystem die Möglichkeit erhält, unmittelbar "den Frühwarnmechanismus" auszulösen. Sie machten geltend, dass die zweite Kammer in Staaten mit einem Zweikammersystem häufig andere Interessen als die erste Kammer vertrete und zum Ausdruck bringe.

Einige Konventsmitglieder legten eine Kompromisslösung vor, um die Beratungen voranzubringen und eine Benachteiligung der Mitgliedstaaten mit Einkammersystem zu vermeiden. Demnach würden bei der Berechnung der Eindrittelschwelle die begründeten Stellungnahmen der Einkammerparlamente doppelt und die Stellungnahmen der einzelnen Kammern der Staaten mit Zweikammersystem einfach zählen. Dieser Vorschlag wurde insgesamt positiv aufgenommen.

## **Frühwarnmechanismus**

Die Eindrittelschwelle wurde im Allgemeinen positiv beurteilt. Nach Ansicht mehrerer Konventsmitglieder sollte diese Schwelle jedoch auf zwei Drittel angehoben werden, während andere sie auf ein Viertel herabsetzen würden, um die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente zu stärken.

Eine andere Gruppe schlug vor, neben der Eindrittelschwelle eine Zweidrittelschwelle als zweite Schwelle vorzusehen, bei deren Überschreiten der Kommissionsvorschlag zurückgezogen oder das Gesetzgebungsverfahren im Rat und im Parlament eingestellt werden müsste. Dieser Vorschlag war umstritten. Zahlreiche Konventsmitglieder bezogen Stellung dagegen und vertraten die Auffassung, ein "Veto-Mechanismus" sei inakzeptabel und würde der Entscheidungsautonomie der europäischen Gremien entgegenstehen. Zudem machten sie geltend, dass auf politischer Ebene die Ablehnung eines Kommissionsvorschlags durch zwei Drittel der einzelstaatlichen Parlamente zwangsläufig zur Ablehnung dieses Vorschlags im Rat und/oder Parlament führen würde.

## **Vermittlungsausschuss**

Eine große Zahl von Konventsmitgliedern bezweifelte, dass es zweckmäßig wäre, eine zweite Möglichkeit zum Auslösen des "Frühwarnmechanismus" zum Zeitpunkt der Einberufung des Vermittlungsausschusses vorzusehen. Sie fragten, wie dies in der Praxis funktionieren solle, da

die Zeitspanne zwischen der Einberufung des Ausschusses und der Abhaltung seiner Sitzung mitunter sehr kurz sei. Sie schlugen vor, diese Nummer zu streichen.

### **Der Mechanismus der Klage beim EuGH:**

Zwei unterschiedliche Punkte wurden angesprochen:

- die direkte Anrufung des Gerichtshofs durch die einzelstaatlichen Parlamente: Zahlreiche Konventsmitglieder schlugen vor, dass die Parlamente den EuGH direkt anrufen dürfen, ohne den Mitgliedstaat einzuschalten. Andere waren dagegen, da ihrer Ansicht nach das Monopol für die Vertretung vor dem Gerichtshof bei den Mitgliedstaaten liegen sollte;
- die Behandlung der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen: Nach dem Vorschlag zahlreicher Konventsmitglieder sollten auch die Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen den EuGH entweder direkt oder indirekt wegen Verletzung des Subsidiaritätsprinzips anrufen können.

### **Die Bestimmungen über den Ausschuss der Regionen:**

Einige Konventsmitglieder, insbesondere die dem AdR angehörenden Beobachter, wünschten, dass die Befugnisse des Ausschusses der Regionen zur Kontrolle der Wahrung des Subsidiaritätsprinzips ausgedehnt und denen der einzelstaatlichen Parlamente angeglichen werden. Andere fragten dagegen, ob seine Intervention überhaupt gerechtfertigt wäre.

### **Schlussfolgerungen des Vorsitzenden**

Der Vorsitzende

- stellte fest, dass insbesondere in den schriftlichen Beiträgen nachdrücklich der Wunsch geäußert wurde, dass die einzelstaatlichen Parlamente wie das Europäische Parlament und der Rat den Jahresbericht der Kommission zur Subsidiarität erhalten. Dieser Punkt scheint keine Schwierigkeiten zu bereiten und sollte positiv entschieden werden;
- stellte fest, dass die Festlegung einer Schwelle von einem Drittel der einzelstaatlichen Parlamente eine ausgewogene Lösung darzustellen scheint, über die sich Konsens herstellen ließe, obwohl divergierende Meinungen geäußert worden sind;

- erklärte, dass der Vorschlag, zusätzlich zu dem vorgeschlagenen Frühwarnmechanismus für den Fall, dass die Schwelle von zwei Dritteln der einzelstaatlichen Parlamente überschritten wird, die Möglichkeit einer "roten Karte" oder eines Vetos vorzusehen, auf starken Widerstand gestoßen ist. Seiner Ansicht nach würde sie die Konsensbildung nicht erleichtern;
- stellte bezüglich der Behandlung der Parlamente in Zweikammersystemen fest, dass der Vorschlag mehrerer Mitglieder des Konvents, Einkammerparlamenten für die Berechnung der Schwelle zwei Stimmen und den beiden Parlamenten in Zweikammersystemen je eine Stimme zu geben, positiv aufgenommen wurde. Dem mit Nachdruck zum Ausdruck gebrachten Wunsch, den zweiten Kammern die Teilnahme an dem Frühwarnmechanismus zu ermöglichen, ohne die interne Organisation der einzelnen Mitgliedstaaten in Frage zu stellen und ohne die Mitgliedstaaten, deren Parlament nur aus einer Kammer besteht, zu benachteiligen, könnte mit dieser Lösung entsprochen werden. Nach Ansicht des Vorsitzenden sollte dieser konstruktive Vorschlag vom Präsidium weiter geprüft werden;
- erklärte, dass das Präsidium auch darüber nachdenken sollte, wie der Rolle der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnis Rechnung getragen werden sollte;
- stellte schließlich fest, dass der Vorschlag, auf der Stufe des Vermittlungsausschusses eine neue Möglichkeit für die einzelstaatlichen Parlamente zu eröffnen, vor allem deshalb vielfältigen Widerspruch ausgelöst hat, weil er falsch verstanden wurde. Das Präsidium wird darauf zurückkommen und diesen Vorschlag höchstwahrscheinlich überdenken oder genauer fassen müssen.

### **3. (2) Aussprache über das Protokoll über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente in der Europäischen Union (Dok. CONV 579/02)**

Der Vorsitzende leitete die Diskussion mit dem Hinweis ein, dass sich aus der Analyse der 41 Änderungsvorschläge, die zu dem Protokoll über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente eingegangen sind, vier Hauptthemen ergeben (CONV 579/02). Diese Themen betreffen: die



Art und Weise, in der die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente im Protokoll dargestellt ist, der Umfang der den einzelstaatlichen Parlamenten übermittelten Informationen, die Festsetzung der Fristen, insbesondere für die Übermittlung der Dokumente an die Parlamente, und die interparlamentarische Zusammenarbeit.

Die Aussprache über das Protokoll kreiste weitgehend um diese Themen. Das Gesamtkonzept des Protokolls wurde nicht in Frage gestellt. Einige Mitglieder schlugen vor, das Protokoll über einzelstaatliche Parlamente in Anbetracht des engen thematischen Zusammenhangs mit dem über die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips und des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit zusammenzufassen.

### **Art und Weise der Darstellung der Rolle der einzelstaatlichen Parlamente im Protokoll:**

Einige Mitglieder wiesen darauf hin, dass die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente stärker hervorgehoben werden müsse und dass ihre Einbeziehung die Union den Bürgern noch näher bringen würde. Ein Mitglied schlug eine Änderung vor, wonach im Protokoll auf die (von der COSAC angenommenen) "Parlamentarischen Leitlinien von Kopenhagen" Bezug genommen werden sollte. Einige unterstrichen, dass der Einfluss der Parlamente vor allem über die politische Kontrolle der Tätigkeit ihrer jeweiligen Regierung ausgeübt wird und dass ein besserer und schnellerer Zugang zu Informationen die Ausübung der Kontrolle erleichtern dürfte. Ein Mitglied bemerkte, dass die einzelstaatlichen Parlamente die sich aus den einzelstaatlichen Verfassungen ergebenden Möglichkeiten voll nutzen müssten.

Einige sprachen sich dafür aus, dass in den einzelnen Parlamenten der Mitgliedstaaten jährlich eine Debatte über das Arbeitsprogramm der Kommission oder über die Grundzüge der Politik der Union stattfindet. Einige Mitglieder waren der Ansicht, dass die einzelstaatlichen Parlamente Stellungnahmen zum Inhalt der Vorschläge und auch zur Anwendung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit abgeben können sollten. Ein Mitglied schlug vor, dass die einzelstaatlichen Parlamente aufgefordert werden, sich zu den Entwürfen von Rechtsakten der Union zu äußern, die die Grundzüge der Wirtschafts- und der Sozialpolitik betreffen.

### **Umfang der den einzelstaatlichen Parlamenten übermittelten Informationen:**

Mehrere Mitglieder regten an, beispielsweise im ersten Absatz ausdrücklich auf die Übermittlung des Jahresprogramms (Legislativ- und Arbeitsprogramm) der Kommission an die Parlamente Bezug

zu nehmen. Ein Mitglied schlug vor, dass das Programm den einzelstaatlichen Parlamenten zur gleichen Zeit wie dem Europäischen Parlament vorgelegt wird. Ein Mitglied war der Ansicht, dass es Sache des Rates und nicht der Kommission sein sollte, die Vorschläge für Rechtsakte zu übermitteln (Nummer 4 des Protokolls). Ein Mitglied äußerte den Wunsch, dass der Rat auch Berichte über die Debatten in den einzelstaatlichen Parlamenten übermittelt (Nummer 5 des Protokolls).

### **Die Fristen, insbesondere für die Übermittlung von Dokumenten an die Parlamente:**

Mehrere Mitglieder würden Nummer 4 des Protokolls – wonach zwischen dem Zeitpunkt, zu dem ein Vorschlag von der Kommission unterbreitet wird, und dem Zeitpunkt, zu dem er zur Annahme oder zur Festlegung eines Standpunkts im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens auf die Tagesordnung des Rates gesetzt wird, ein Zeitraum von sechs Wochen liegen muss – gerne strenger fassen. Sie regten die Aufnahme einer zusätzlichen Bestimmung an, wie sie von der Gruppe IV vorgeschlagen wurde und wonach während dieser Frist in den Ratsgremien (Arbeitsgruppen und AStV) noch nicht einmal eine vorläufige Einigung erzielt werden dürfte. Einige schlugen vor, eine verbindliche Frist von sechs Tagen zwischen den Beratungen im AStV und der Ratstagung, auf der der Vorschlag erörtert wird, festzulegen. Andere verwarfen diese Vorschläge und betonten, dass das System durch die Verankerung derartiger Zwänge nicht noch schwerfälliger gemacht werden dürfe.

### **Die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten:**

Manche Mitglieder wünschten eine dynamischere Formulierung von Nummer 8 des Protokolls dahingehend, dass das Europäische Parlament und die einzelstaatlichen Parlamente die interparlamentarische Zusammenarbeit fördern bzw. unterstützen müssten (statt zu "prüfen", wie sie gefördert werden kann). Einige betonten, dass regelmäßige Treffen zwischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments und der einzelstaatlichen Parlamente wichtig seien, jedoch keine neuen Organe geschaffen werden sollten. Ein Konventsmitglied regte an, dass der Konvent zum Zeitpunkt der Erörterung des Titels VI "Das demokratische Leben der Union" auf diese Frage zurückkommen sollte. Ein Mitglied wies auf einen Änderungsvorschlag hin, wonach das Europäische Parlament die COSAC zur Frage der Förderung der interparlamentarischen Zusammenarbeit konsultieren sollte.

Mehrere Mitglieder befürworteten eine Stärkung der Rolle der COSAC, machten jedoch deutlich, dass dieses Gremium nicht zu einem neuen Organ erhoben werden sollte; sie wünschten

ferner einen ausdrücklicheren Verweis auf die COSAC im Protokoll. Die Rolle der COSAC als Stelle für die Koordinierung und Beratungen zwischen den einzelstaatlichen Parlamenten wurde hervorgehoben. Einigen Mitgliedern zufolge wird die COSAC ungeachtet der laufenden Reformdebatte ihrer Rolle, die über den Austausch von Informationen und bewährten Praktiken hinausgehen sollte, noch nicht vollauf gerecht. Ein Mitglied sähe im Protokoll gerne die Möglichkeit verankert, dass der Rat die COSAC mit spezifischen Texten befassen kann.

Es wurde angeregt, im Protokoll vorzusehen, dass in allen einzelstaatlichen Parlamenten gleichzeitig unter Mitwirkung von Abgeordneten des Europäischen Parlaments jedes Jahr eine "Europäische Woche" veranstaltet wird. Ein Konventsmitglied vertrat die Ansicht, dass auch die Bedeutung der bilateralen Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten unterstrichen werden sollte.

### **Schlussfolgerungen des Vorsitzenden:**

- Er stellte fest, dass der im Protokoll über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente in der Europäischen Union verfolgte Ansatz im Großen und Ganzen nicht in Frage gestellt wurde. Ferner stellte er fest, dass keine verstärkte institutionelle Einbindung der einzelstaatlichen Parlamente gefordert wurde. Mehrere Mitglieder schlugen indes die Aufnahme weiterer Aufgaben oder Tätigkeiten in das Protokoll vor, wie etwa das Recht, eine Stellungnahme zum Inhalt der Gesetzgebungsvorschläge abzugeben, zusätzlich zur Subsidiarität und der Organisation der jährlichen Aussprachen über das Arbeitsprogramm der Kommission, die Grundzüge der Politik der Union oder die Grundzüge der Wirtschafts- und Sozialpolitik.
- Er stellte fest, dass diverse Vorschläge vorliegen, wonach weitere Kategorien von zusätzlichen Informationen, die die Parlamente unmittelbar von den EU-Organen erhalten sollten, vorgesehen werden sollten. Er verzeichnete Einvernehmen dahingehend, dass eine ausdrücklichere Bezugnahme auf das Jahresprogramm der Kommission aufgenommen wird. Er wies allerdings darauf hin, dass das richtige Maß gefunden werden müsse, damit wichtige Informationen übermittelt und die einzelstaatlichen Parlamente nicht unterschiedslos mit Informationen überhäuft werden.
- Er stellte fest, dass die Festlegung von Fristen das eigentliche Problem darstelle und dass diese Frage noch vertieft werden müsse, um zu ermitteln, ob nicht noch weitere Beschränkungen für die Tätigkeiten der Organe während dieser Fristen nötig sind, damit den einzelstaatlichen Parlamenten mehr Zeit für ihre Reaktion gewährt werden kann.

- Er erklärte, dass im Rahmen der Prüfung der Vorschläge betreffend das institutionelle System und das demokratische Leben der Union nochmals auf den Aspekt der interparlamentarischen Zusammenarbeit zurückgekommen werden müsse. Es stelle sich ist die Frage, ob ein interparlamentarisches Forum nach dem Vorbild des Europäischen Konvents eingerichtet werden sollte.

#### **4. Sonstiges – Mitteilung des Präsidiums**

##### **Vorlage des Berichts der Expertengruppe der Juristischen Dienste der Organe (Teil II der Verfassung)**

Der Vorsitzende erinnerte daran, dass das Präsidium am 29. Januar vereinbart hat, die Juristischen Dienste des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission um Unterstützung für die technische Anpassung von Teil II des Vertrags zu bitten.

Er stellte das Ergebnis der Arbeiten (siehe Dok. CONV 618/03) vor und wies darauf hin, dass es sich bei dem von den Rechtsexperten erstellten Text lediglich um ein Basisdokument handelt, das dem Konvent bei der Ausarbeitung von Teil II behilflich sein soll.

---

## Plenartagung am Montag, den 17. und Mittwoch, den 18. März 2003

REDNERLISTE

## in der Reihenfolge der Beiträge

Montag, 17. März

**2. Aussprache über den Entwurf der Artikel 24 und folgende  
(Dok. CONF 571/03 und 609/03)**

Herr Giuliano AMATO - Stellvertretender Vorsitzender  
 Herr Ernâni LOPES - Portugal (Regierung)  
 Herr Alain LAMASSOURE - Europäisches Parlament  
 Herr Dimitrij RUPEL - Slowenien (Regierung)  
 Herr Jürgen MEYER - Deutschland (Parlament)  
 Frau Eduarda AZEVEDO - Portugal (Parlament)  
 Frau Lena HJELM-WALLEN - Schweden (Regierung)  
 Herr Jozef OLEKSY - Polen (Parlament)  
 Herr Henning CHRISTOPHERSEN - Dänemark (Regierung)  
 Herr Klaus HÄNSCH - Europäisches Parlament  
 Frau Marietta GIANNAKOU - Griechenland (Parlament)  
 Herr Antonio VITORINO - Kommission  
 Herr Johannes VOGGENHUBER - Europäisches Parlament  
 Herr Tunne KELAM - Estland (Parlament)  
 Herr Andrew DUFF - Europäisches Parlament  
*(Blaue Karten: Baroness Scotland of Asthal, Rack, Berès, Bonde, Duff)*  
 Frau Lenka ROVNA - Tschechische Republik (Regierung)  
 Herr Göran LENNMARKER - Schweden (Parlament)  
 Herr Kimmo KILJUNEN - Finnland (Parlament)  
 Herr Hannes FARNLEITNER - Österreich (Regierung)  
 Herr David HEATHCOAT-AMORY - Vereinigtes Königreich (Parlament)  
 Herr Péter BALÁZS - Ungarn (Regierung)  
 Herr Lamberto DINI - Italien (Parlament)  
 Herr Caspar EINEM - Österreich (Parlament)  
 Frau Pascale ANDREANI - Frankreich (Regierung)  
 Frau Hanja MAIJ-WEGGEN - Europäisches Parlament  
 Frau Teija TIILIKAINEN - Finnland (Regierung)  
 Herr Antonio TAJANI - Europäisches Parlament  
 Herr Pierre CHEVALIER - Belgien (Regierung)  
 Herr Alfonso DASTIS - Spanien (Regierung)  
*(Blaue Karten: Paciotti, Lennmarker, Duff, Fayot, Barnier, Tomlinson, du Grandrut, Van Lancker)*  
 Herr Jelko KACIN - Slowenien (Parlament)  
 Herr Vytenis ANDRIUKAITIS - Litauen (Parlament)  
 Baroness Scotland of Asthal - Vereinigtes Königreich (Regierung)  
 Herr Wolfgang GERHARDS - Deutschland (Parlament)  
 Herr Carlos CARNERO - Europäisches Parlament  
 Herr Bobby McDONAGH - Irland (Regierung)

Herr Rihards PIKS - Lettland (Parlament)  
Herr Elmar BROK - Europäisches Parlament  
Herr Alberto COSTA - Portugal (Parlament)  
Herr Jens-Peter BONDE - Europäisches Parlament  
Herr George JACOBS - Sozialpartner  
Herr Sören LEKBERG - Schweden (Parlament)  
Herr Hans-Martin BURY - Deutschland (Regierung)  
*(Blaue Karten : Duff, Muscardini, d'Oliveira Martins, MacCormick)*  
Frau Riitta KORHONEN - Finnland (Parlament)  
Herr Adrian SEVERIN - Rumänien (Parlament)  
Herr Emilio GABAGLIO - Sozialpartner  
Herr Roberts ZILE - Lettland (Regierung)  
Herr Valdo SPINI - Italien (Parlament)  
Frau Maria BERGER - Europäisches Parlament  
Herr Edmund WITTBRODT - Polen (Parlament)  
Frau Cristiana MUSCARDINI - Europäisches Parlament  
Frau Sylvia-Yvonne KAUFMANN - Europäisches Parlament  
Herr Henrik HOLOLEI - Estland (Regierung)  
Frau Elena PACIOTTI - Europäisches Parlament)  
*(Blaue Karten : MacLennan of Rogart, Van Eekelen, Heathcoat-Amory)*

*Dienstag, 18 März*

### **3. Aussprache über:**

- **den Entwurf des Protokolls über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit (Dok. CONV 579/03, 610/03)**

Herr Valéry GISCARD d'ESTAING - Vorsitzender  
Herr René VAN DER LINDEN - Niederlande (Parlament)  
Herr Louis MICHEL - Belgien (Regierung)  
Frau Gisela STUART - Vereinigtes Königreich (Parlament)  
Herr Hannes FARNLEITNER - Österreich (Regierung)  
Herr Peter SERRACINO-INGLOTT - Malta (Regierung)  
Herr Edmund WITTBRODT - Polen (Parlament)  
Baroness Scotland of Asthal - Vereinigtes Königreich (Regierung)  
Herr Hubert HAENEL - Frankreich (Parlament)  
Mr. Juraj MIGAS - Slowakische Republik (Regierung)  
*(Blaue Karten : Di Rupo, Tusek, Dini, Dybkjaer, Andriukaitis, Dastis)*  
Frau Cristiana MUSCARDINI - Europäisches Parlament  
Herr Frans TIFRAURMANS - Niederlande (Parlament)  
Herr Michel BARNIER - Kommission  
*(Blaue Karten : Haenel, Duff, Bonde)*  
Herr Dick ROCHE - Irland (Regierung)  
Herr Pierre LEQUILLER - Frankreich (Parlament)  
Herr Göran LENNMARKER - Schweden (Parlament)  
Herr Andrew DUFF - Europäisches Parlament  
Herr Alberto COSTA - Portugal (Parlament)  
Frau Linda McAVAN - Europäisches Parlament

Herr Jan FIGEL - Slowakische Republik (Parlament)  
 Herr Gijs DE VRIES - Niederlande (Regierung)  
 Herr Jürgen MEYER - Deutschland (Parlament)  
 Herr Jan ZAHRADIL - Tschechische Republik (Parlament)  
 Herr Jozef OLEKSY - Polen (Parlament)  
 Herr Poul SCHLÜTER - Dänemark (Regierung)  
 Herr Alain LAMASSOURE - Europäisches Parlament  
 Herr Hans Martin BURY - Deutschland (Regierung)  
 Herr Timothy KIRKHOPE - Europäisches Parlament  
 Herr Ernâni LOPES - Portugal (Regierung)  
 Frau Riitta KORHONEN - Finnland (Parlament)  
 Herr Wolfgang GERHARDS - Deutschland (Parlament)  
 Herr Josep BORRELL - Spanien (Parlament)  
 Herr Adrian SEVERIN - Rumänien (Parlament)  
 Herr Sören LEKBERG - Schweden (Parlament)  
 Herr Guntars KRASTIS - Lettland (Parlament)  
 Frau Pervenche BERÈS - Europäisches Parlament  
 Herr Neil MacCORMICK - Europäisches Parlament  
 Frau Eduarda AZEVEDO - Portugal (Parlament)  
 Herr Mihael BREJC - Slowenien (Parlament)  
 Herr Caspar EINEM - Österreich (Parlament)  
*(Carton bleu: Stuart)*  
 Herr Kimmo KILJUNEN - Finnland (Parlament)  
 Herr Pat CAREY - Irland (Parlament)  
 Herr Reinhard BÖSCH - Österreich (Parlament)  
 Herr Danny PIETERS - Belgien (Parlament)

#### **Aussprache über:**

- **den Entwurf des Protokolls über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente (Dok. CONV 579/03, 611/03)**

Herr Proinsias DE ROSSA - Irland (Parlament)  
 Herr Vytenis ANDRIUKAITIS - Litauen (Parlament)  
 Herr Alexandre ATHANASIU - Rumänien (Parlament)  
 Herr Alberto COSTA - Portugal (Parlament)  
 Herr Hubert HAENEL - Frankreich (Parlament)  
 Frau Pervenche BERÈS - Europäisches Parlament  
 Herr Costantin ENE - Rumänien (Regierung)  
 Herr Elmar BROK - Europäisches Parlament  
*(Blaue Karten: Lennmarker, Andreani)*  
 Herr Jos CHABERT - Ausschuss der Regionen  
 Frau Claude DU GRANDRUT - Ausschuss der Regionen  
 Herr Iñigo MENDEZ DE VIGO - Europäisches Parlament  
 Herr George PAPANDREOU - Griechenland (Regierung)